

AUSSPRACHE

Deutschland zwischen West und Ost

Der Artikel von Walter Theimer „Deutschland zwischen West und Ost“ im Maiheft der Gewerkschaftlichen Monatshefte stellt teilweise die Meinung der parlamentarischen Opposition im Bundestag zu unserer außenpolitischen Situation dar. In der negativen Beurteilung der Westmächte geht er sogar noch darüber hinaus.

Schon in seiner Abhandlung über „Grundprobleme deutscher Außenpolitik“ im Dezemberheft 1951 vertritt Theimer eine recht eigenwillige Auffassung in der Konzeption eines deutschen Pufferstaates zwischen Ost und West, für den allerdings die Wiedervereinigung Deutschlands Voraussetzung sein soll. Durch die Schaffung dieses neutralen Pufferstaates werde, so meint Theimer, der Drang Rußlands nach Westen gestoppt. Er glaubt, daß dann einer deutsch-russischen Freundschaft nichts mehr im Wege stehe. Dies würde bedeuten, daß Rußland seine Weltbolschewisierungspläne, soweit das westliche Europa in Betracht kommt, dem deutschen Pufferstaat zuliebe aufgibt, eine Meinung, für die das bisherige Verhalten Moskaus im kalten Kriege nach Ansicht der westlichen Welt keine Anhaltspunkte bietet. Beigepflichtet werden kann der Auffassung, daß Deutschland ein Sich-bescheiden lernen und sich damit abfinden muß, eine Macht zweiten Ranges zu sein. Dieser Verzicht auf eine expansive Politik setzt aber die Gewährung des notwendigen Lebensraumes für seine jetzt besonders in Westdeutschland fast unerträglich zusammengedrückte Bevölkerung voraus.

An dem Artikel im Maiheft fällt auf, daß der Verfasser nicht überlegt und abwägt, sondern feststellt und behauptet.

Grundtendenz der Ausführungen Theimers ist die Gleichbewertung des von Amerika geführten Westblocks gegenüber dem von Rußland geführten Ostblock als zwei Mächtegruppen, die aus rein egoistischem Bestreben Deutschland in ihren Machtbereich eingliedern wollen. Die Ansicht von heute führenden deutschen Politikern geht dahin, daß Deutschland bewußt die Westintegration anzustreben habe, um den Westblock in seiner Abwehrstellung gegen den nie erlahmenden Willen Moskaus zur Bolschewisierung der Welt zu unterstützen und sich selbst als eines der gefährdetsten Gebiete des Schutzes der übrigen freiheitlichen Völker zu versichern.

Dies braucht nicht zu bedeuten, daß Deutschland seine innenpolitische Verfassung, sein Rechts- und Sozialsystem etwa

dem amerikanischen anpaßt. Daß es nicht dem sowjetischen angepaßt wird, ist eine Selbstverständlichkeit. Zweifellos stimmen aber schon aus seiner ganzen geschichtlichen Entwicklung heraus die in Deutschland vertretenen kulturellen, sozialen und staatsrechtlichen Auffassungen mit denen der übrigen freiheitlich-demokratischen Welt überein, so daß schon hierin ein Verteidigungsbündnis der freien Völker gegen die Bedrohung durch eine diktatorische auf einer völlig anderen Vorstellungswelt beruhende Macht seine genügende Erklärung findet.

Der Artikel Theimers stellt gleich eingangs sechs Thesen auf, die bei dem Bejaher der derzeitigen Außenpolitik der Bundesregierung zweifellos Widerspruch finden werden. Punkt 1 behauptet, die westlichen Alliierten seien nicht gesonnen, die deutsche militärische Hilfe mit wesentlichen politischen Konzessionen zu bezahlen. Hinter einer veränderten Fassade bleibe alles beim alten, und die Bundesrepublik müsse den Alliierten auch noch Truppen stellen.

Immerhin besagt aber Punkt 3 des Generalvertrages, daß die Bundesrepublik in vollem Ausmaß die Zuständigkeit erhält, ihre eigenen inneren und äußeren Angelegenheiten selbst zu regeln. Die drei Westmächte verpflichten sich, das Besatzungsstatut und alle Behörden der alliierten Hohen Kommission einschließlich des militärischen Sicherheitsamtes und der Landeskommissare aufzuheben. Das bedeutet schließlich die grundlegende Wiederherstellung unserer staatlichen Souveränität. (Daß die Alliierten einige Vorbehalte bezüglich der Sicherheit ihrer in Deutschland stationierten Streitkräfte beanspruchen, dürfte verständlich sein, zumal sie nicht mehr Besatzungstruppen sind, sondern der gemeinsamen Verteidigung dienen. Der Anspruch auf ein Mitspracherecht bezüglich der Wiedervereinigung Deutschlands und friedensvertraglicher Regelungen ergibt sich aus den Viermächtevereinbarungen von 1945.)

Theimer aber sieht in dem Generalvertrag nur eine Fassadenänderung von unerheblicher Wirkung, für die wir ohne Gegengabe Truppen“ stellen müssen. Es ist zu fragen, wer stellt wem Truppen? Zunächst stellen wohl die Alliierten dem am meisten bedrohten Teil des Westens, nämlich Deutschland, ihre Truppen zum Schutz gegen eine Aggression zur Verfügung. Der Anschluß Deutschlands an die Europäische Verteidigungsgemeinschaft mit einem von

ihm eingebrachten Truppenkontingent ist bei dieser Sachlage doch weiß Gott kein fernliegender Gedanke. Daß sich, die Ostzone an dieser Entscheidung für die Westintegration mit ihren Folgerungen für die Verteidigungsgemeinschaft noch nicht beteiligen kann, ist eine besonders schmerzliche Tatsache. Wenn Theimer aber selbst der Meinung ist, daß freie Wahlen in der Ostzone eine vernichtende Niederlage der SED bedeuten würden, so darf, wenn man voraussetzt, daß die wahre Haltung der Ostzonen Deutschen derjenigen der Berliner Bevölkerung entspricht, immerhin angenommen werden, die vom Sowjetregime befreite Bevölkerung der Ostzone werde in weiten Teilen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft begrüßen.

Die Punkte 3 und 5 der Theimerschen Thesen scheinen in einem Zusammenhang zu stehen. Der Vorschlag Rußlands, ein souveränes Deutschland mit eigenen Streitkräften, neutralisiert und mit der Oder-Neiße-Grenze zu schaffen, ist bekannt. In diesem Vorschlag erblickt Theimer eine vernünftige Grundidee, weil sie seiner Konzeption eines deutschen Pufferstaates zu entsprechen scheint. Die Bundesregierung und die Westmächte fassen diesen Vorschlag eines von der Oder-Neiße-Linie begrenzten, neutralisierten, nur von einem kleinen deutschen Truppenbestand völlig unzureichend geschützten Deutschland als Vorstufe zur Einverleibung Deutschlands in den sowjetischen Satellitenbereich auf.

Wenn demnach Punkt 5 feststellt, daß Amerika, Frankreich und England ein selbständiges und bewaffnetes Deutschland ablehnen, so gehen sie hierin mit der deutschen Regierung einig, falls dieses neue Deutschland dem sowjetischen Vorschlag entspricht. Selbst von seiten der Opposition wird vor einer Politik der Neutralität als einer Illusion gewarnt und die Meinung vertreten, daß der Stalinismus keine Partner und Verbündete, sondern nur Opfer kennt.

In Punkt 4 des Artikels wird behauptet, es sei klar geworden, daß die Alliierten die deutsche Einheit nicht wollen, jedenfalls nicht jetzt. Unklar aber bleibt die Begründung dieser merkwürdigen Ansicht. Es müßte doch dem Sinn des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft widersprechen, wenn nicht alle Beteiligten eine Verstärkung des deutschen Beitrags durch ein größeres geeintes Deutschland wünschen würden.

Der Punkt 6 glaubt feststellen zu können, daß sich gegenüber Rußland so etwas wie eine Forderung nach bedingungsloser Kapitulation vor den Westmächten herausge-

bildet habe. Stalin solle Ostdeutschland an den Westen ausliefern.

Die Forderung der Bundesrepublik wie der Westmächte geht dahin, daß Moskau in tatsächlich freien deutschen Wahlen die Wiedervereinigung Deutschlands der Entscheidung der Deutschen selbst überlassen soll. Hierunter die Auslieferung Ostdeutschlands an den Westen zu verstehen, ist eine Ansicht, die Seltenheitswert haben dürfte. Die Bundesrepublik und der Westen müssen hierbei das Risiko eingehen, daß diese Wahlen zu einem Bekenntnis für das Sowjetsystem werden können; eine Möglichkeit, die aber wahrscheinlich Moskau und Pankow selbst nicht ernsthaft in Betracht ziehen.

Nun ist Theimer selbst der Ansicht, daß das von der Sowjetunion vorgeschlagene Puffer-Deutschland bei Zubilligung nur geringer militärischer Streitkräfte nach Abzug aller ausländischen Truppen bei der nächsten Gelegenheit vom hochgerüsteten Osten annektiert würde. Welche Rüstungslast aber würde sich ein alleinstehendes Deutschland aufbürden müssen, um dieser Gefahr mit einiger Aussicht auf Erfolg begegnen zu können?

Die Kritik des Artikels an der russischen Politik des ewigen Njet ist eine Rechtfertigung der gemeinsamen Verteidigungspolitik der Westmächte und der Bundesrepublik. Wenn diese Politik das scheinbare russische Einlenken hervorgerufen hat, so liegt darin eine Ermunterung, diesen Kurs fortzusetzen. Es liegt dies in erster Linie im eigensten Interesse Deutschlands, und weder der Generalvertrag noch der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft stützen die gewagte Behauptung des Artikels, das Ziel des Westens sei ein Gesamtdeutschland als ein Vasallenstaat. In immer stärkerem Maße scheint die deutsche Öffentlichkeit die positiven Seiten des Vertragswerkes zu erkennen. Daß Ressentiments und Mißtrauen auf der Seite der Westmächte noch überwunden werden müssen, sollte niemand wundern. Deutschland muß als einen seiner Beiträge zu Freiheit und Frieden hieraus resultierende gelegentliche Enttäuschungen ertragen, aber seine grundsätzliche Entscheidung in einer in zwei ideologisch stark getrennte Lager leider zerspaltenen Welt kann nur in einem Bekenntnis zur westlichen Kultur und Demokratie und damit in der Pflicht zu einer Stärkung der vereinigten westlichen Mächtegruppe liegen. Wenn Theimer am Schluß seines Artikels das diesem Ziele gewidmete Vertragswerk als unwürdig bezeichnet, nimmt er bedauerlicherweise selbst seinen Darlegungen den Charakter sachlicher Wertung.

ADOLF LEWEKE